

Laibacher Zeitung



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig 36 K., halbjährig 18 K. Im Kontor: ganzjährig 28 K., halbjährig 14 K. Für die Zustellung ins Haus monatlich 60 h. — **Insertionsgebühr:** für die obermal gespaltene Millimeterzeile 7 h., für die dreimal gespaltene Reklamezeile 12 h., für Ausnahmen im reaktionellen Teile 30 h für den Raum einer Millimeterzeile.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die **Administration** befindet sich Miklosicstraße Nr. 16, ebenerdig; die **Redaktion** Miklosicstraße Nr. 16, 1. Stod. Expedienten der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen. Manuskripte nicht zurückgestellt.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

Politische Uebersicht.

Laibach, 15. Oktober.

Über die Friedensfrage liegen folgende Nachrichten vor: Aus Lugano wird telegraphiert: Die Vermittlung Kaiser Karls und des Königs von Bayern, für den Papst Sitz und Stimme bei den Friedenskonferenzen zu erhalten, ist offenkundig eine Lüge mit dem Endzweck, die Mittelmächte zu veruneinigen. Die italienischen Politiker versichern, daß Italien unter keinen Umständen derartige Zugeständnisse an den Papst machen werde. — Die deutsche Antwort auf Wilsons Anfrage hat in Zürich die Gewißheit verstärkt, daß der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen unmittelbar bevorstehen. Als wesentlichster Punkt wird noch immer die Frage der Räumung der besetzten Gebiete angesehen; doch scheint der deutsche Vorschlag praktische Möglichkeiten zu bieten. Angesichts der grundsätzlichen Bereitschaft Deutschlands zur Räumung liegt jedenfalls kein Hindernis für den raschen Fortgang der Verhandlungen vor. — Das Datum der nächsten Pariser politisch-militärischen Entente-Konferenz soll nach Pariser Meldungen von Wilson festgestellt werden, der die neue deutsche Note nur im vollen Einvernehmen mit der Entente beantworten könne. Es sei unabweislich, daß Foch, Haig, Pershing und Diaz an der Konferenz wegen der in Wilsons Antwort zu bestimmenden militärischen Bedingungen teilnehmen. — Eine Note der Agence Havas besagt: Es läßt sich die übereinstimmende Meinung feststellen, daß die deutsche Regierung Wilsons Fragen nicht mit Entschiedenheit beantwortet hat und den in seinen Botschaften ausgesprochenen Thesen nicht zustimmt, sondern sie nur als Grundlagen des Friedens annimmt, indem sie sich vorbehält, über die Modalitäten ihrer praktischen Durchführung zu verhandeln. Es wolle nur eine unaufrichtige Annahme der berechtigten praktischen Bedingungen Washingtons, eine Scheinannahme. Die Haltung Deutschlands bietet nicht mehr Garantie als die Parodie seiner Parlamentarisierung. Es ist eine Zustimmung unter Vorbehalt. Deutschland verfolgt somit kein anderes Ziel als die Einstellung der durch

die Umfassungsbewegungen der Armeen Fochs ihm verhängnisvoll gewordenen militärischen Operationen. Deutschland fühlt tatsächlich über seinem Haupte das Gespenst der Überflutung seines Gebietes durch die verbündeten Armeen schweben. Es will um jeden Preis der strengen Züchtigung entgehen, die es für seine während des Rückzuges erneut begangenen Verbrechen erwarten muß. Deshalb zieht es vor, auf den Gedankengang Wilsons einzugehen. Der Gedanke der Bildung einer Kommission, welche die Räumung der besetzten Gebiete vorzubereiten hätte, bezweckt gleichfalls, die Kampflust der verbündeten Truppen einzuschläfern und ihre militärischen Anstrengungen zu vermindern. Seine Durchführung würde einer wirklichen Einstellung der Feindseligkeiten gleichkommen. Wenn es seine Armee vor dem Zusammenbruch gerettet haben würde, könnte Deutschland, die Verhandlungen hinausziehend, sich wieder in den Besitz der geräumten Gebiete setzen und würde sich weigern, sie herauszugeben sowie den unterdrückten Nationalitäten die Unabhängigkeit zu geben. Da es dann sehr schwer wäre, die Waffen wieder aufzunehmen, würde Deutschland durch dieses Manöver es vermeiden können, daß es die Partie verliere. Indes, keine Entente-Regierung wird sich zu diesem Spiel hergeben, so wenig wie Wilson. Frankreichs einmütiger Wille ist, mit einem solchen Feinde nur zu verhandeln, nachdem es ihn in die vollständige Unmöglichkeit versetzt hat, zu schädigen. — Aus Genf wird gemeldet: Bei der Abstimmung auf dem Landeskongreß der sozialistischen Partei erlangte die Resolution Longuet 1528 Stimmen, während auf die Resolution Renaudel 1212 und auf die Resolution des „militärischen Zentrums“ 181 Stimmen entfielen. Die Partei verkündete es als Pflicht für die Arbeiterklasse, die Anstrengungen zu vervielfältigen, um den Konflikt, der blutiger denn je ist, endlich zu beseitigen. Die französische sozialistische Partei erklärt sich bereit, sofort der Einberufung der Bürger Huysmans, Branting und Troelstra zu entsprechen, die betraut sind, den Zusammentritt der Internationale vorzubereiten. Indem sich die Partei nach dem Gefühle richtet, dem die englischen Arbeiter so kräftigen Aus-

druck gegeben haben, muß die Partei sich gegen jede Regierung wenden, die sich neuerlich dem Zusammentritt der Internationale entgegenstellen würde, wie sie sich auch gegen jede Regierung wenden muß, die imperialistische Programme annimmt, annehmbare Friedensvorschläge von sich weist oder sich an der Arbeiterklasse und deren Organisationen vergreift. Die sozialistische Partei erinnert daran, daß sie für alle Völker das Selbstbestimmungsrecht vom nationalen Gesichtspunkte sowie das Recht, auch ihre eigenen Institutionen frei zu bestimmen, verlangt hat. Das lehrt, daß sie sich bei der Ausarbeitung der Friedensverträge zugunsten aller berechtigten und gegenwärtig durchführbaren nationalen Ansprüche mit allen ihren Kräften einsetzen wird. Die Partei erklärt sich nachdrücklich gegen jedes Programm, das unter dem Vorwand, ein solches Ziel zu erreichen, zu Verlängerung des Konfliktes treiben würde. Darum ist sie für alle Bemühungen, die darauf gerichtet sein werden, die Einrichtungen des Schiedsgerichtes und die Gesellschaft der Völker so fest wie möglich zu begründen. Die Unterzeichnung des Friedens muß das Vorwort des großen Wertes der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umgestaltung sein, für die die Sozialisten kämpfen. — „Times“ melden, daß in Vertretung des erkrankten Lloyd George Lord Balfour amtlich von der Möglichkeit, Unterhandlungen über den bevorstehenden Abschluß des Krieges zu führen, Mitteilungen machen wird. Der „Manchester Guardian“ meldet, daß im englischen Unterhaus eine Dreiviertelmehrheit zur Aufnahme von Friedensverhandlungen auf Grund der Wilsonschen Punkte vorhanden sei. — In einer Auslassung gegen Branting, der in „Socialdemokraten“ den französischen Standpunkt in der elsass-lothringischen Frage vertreten hatte, führt das Blatt „Nha Dagligt Allehanda“ die Forderung Frankreichs nach Elsaß-Lothringen auf den Willen französischer Großkapitalisten zurück, der deutschen Industrie das Rückgrat zu brechen, und schreibt: Ein Deutschland, dem man die Eisengruben in Elsaß-Lothringen geraubt hat und das in seiner Rohstoffzufuhr von außen her behindert ist, ist kein Wettbewerber mehr für die Geschäftswelt der Westmächte, und wenn es noch

Das Drama von Glossow.

Originalroman von S. Courths-Mahler.

(58. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Herr von Gerlach hörte aufmerksam zu. „Vielleicht kann ich Ihnen selbst eine Dame empfehlen, mein gnädiges Fräulein,“ antwortete er. „Die Mutter meines Freundes Hans von Seltiz, ist, wie ich weiß, nicht abgeneigt, eine ähnliche Position anzunehmen. Ich habe erst kürzlich mit meinem Freunde darüber gesprochen, als er zur Jagd in Gerlachsheim war. Für Frau von Seltiz könnte ich jede Garantie übernehmen und vielleicht gefallen die Damen einander. Wenn Sie wünschen, werde ich gleich heute noch an Frau von Seltiz schreiben, und sie bitten, mich in Gerlachsheim zu besuchen. Ich bringe Sie Ihnen dann sogleich herüber und Sie können sich ohne gegenseitige Verbindlichkeit kennen lernen. Sind Sie einander sympathisch, dann können Sie ja weitere Verabredungen treffen. Ist Ihnen das recht, gnädiges Fräulein?“

Sanna reichte ihm impulsiv die Hand und sah ihn mit ihren lieben, zaghaften Augen so dankbar an, daß ihm ganz warm ums Herz wurde.

„Ich danke Ihnen sehr, Herr von Gerlach, daß Sie sich so viel Mühe machen wollen, mir einen Dienst zu leisten.“

Er küßte ihre Hand und lachte.

„Diese Mühe ist schrecklich groß. Aber viel größer ist das Vergnügen, Ihnen dienstbar sein zu dürfen.“

Wir müssen doch gute Nachbarschaft halten und ich spekuliere darauf, daß Sie mir gelegentlich einen anderen nachbarlichen Gefallen tun. Leider kann ich ja meine früheren Unkelrechte einer erwachsenen jungen Dame gegenüber nicht mehr geltend machen, dazu erscheine ich mir selbst nicht würdevoll genug. Aber gute Freunde und treue Nachbarn wollen wir sein. Gilt es?“

Die braunen Augen Sannas leuchteten auf, als wenn die Sonne darinnen funkelte.

„O ja — von Herzen gern lasse ich das gelten,“ sagte sie mit leise bebender Stimme und ihr war zumute, als würde ihr ein köstliches Geschenk geboten.

Wieder lief es wie eine warme Welle über Rolf von Gerlach dahin.

Sie plauderten noch eine Weile wie gute alte Bekannte.

Als sich Herr von Gerlach dann verabschiedet hatte und nach Hause fuhr, dachte er:

„Ein liebes, reizendes Geschöpf ist Susanna von Glossow, und Augen hat sie — man möchte ihr nur immer etwas Gutes tun, um diese Augen froh aufleuchten zu sehen. Armes Ding! Sie wird noch viel zu leiden haben unter dem tragischen Ende ihrer Eltern. Das wird ihr immer anhängen.“

Er sah das Drama von Glossow in der Beleuchtung, wie es auch seine Eltern gesehen und war überzeugt, daß es sich dabei mehr um ein tragisches Verhängnis als um eine Schuld handelte. Aber er wußte auch, daß er mit dieser Überzeugung ziemlich vereinzelt da stand und daß die Welt den Stab gebrochen hatte

über Justus von Glossow und seine Frau. In den Augen der Welt galt er als ein Mörder und Selbstmörder und sie als eine Ehebrecherin. Und naturgemäß mußte Susanna von Glossow unter diesem Fluche leiden — und mit ihr alle, die ihr einst vielleicht näher stehen würden. Er wußte, daß ein Mann, der ihr seine Hand reichen würde, an diesem Mangel partizipieren würde, und er konnte sich nicht denken, daß es einen Mann gab, der darüber hinwegsehen würde.

Aber trotzdem freute er sich, daß Glossow nun nicht mehr leer stand und daß er eine so reizende, liebevolle Nachbarin bekommen hatte. Es war sein ehrlicher Wunsch, ihr ein wahrer Freund zu sein, der nach Kräften für sie eintreten würde, wo es nötig schien.

Er malte es sich sehr hübsch aus, daß er zuweilen ein Stündchen mit Sanna verplaudern konnte.

In Gerlachsheim angekommen, schrieb er sofort an Frau von Seltiz, legte ihr die Verhältnisse klar, schilderte ihr Sannas Wesen und bat sie um ihren sofortigen Besuch, falls sie geneigt war, das Amt einer Ehrendame bei Susanna von Glossow einzunehmen.

Er wußte, daß Frau von Seltiz in sehr bescheidenen Verhältnissen lebte und nur mit Mühe die kleine Zulage für ihren Sohn erübrigen konnte. Sicher war ihr also gebietet mit einer Position, wie sie sich ihr hier bieten würde. Und er kannte Frau von Seltiz als eine sehr feinsinnige und taktvolle Dame mit den besten Eigenschaften, die der jungen Freiin sicher eine vorzügliche Stütze sein würde.

(Fortsetzung folgt.)

so hart arbeitet. Branting hat genug Geschichtskennntnisse, um zu wissen, daß Elsaß-Lothringen tatsächlich kerndeutsches Land mit alemannischer Bevölkerung ist. Er weiß auch, wie es seinerzeit Deutschland geraubt wurde. Man weiß nicht, ob die elsass-lothringische Bevölkerung eine Zugehörigkeit zu Frankreich der Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches vorzieht. — Reuter meldet aus Washington: Nach Kenntnisaufnahme des durch die Presse bekanntgewordenen Textes der deutschen Antwortnote an den Präsidenten Wilson erklärte man in offiziellen Kreisen: Sie bedeutet auf den ersten Blick eine vollständige Annahme seiner Forderungen. — „Herald“ meldet aus New York: Hier werden allgemein Friedenswetten für Mitte November abgeschlossen. Die Newyorker Börse bevorschusst Lieferungs-geschäfte zum Friedensschluß bis zu 65 Prozent.

Aus Lublin, 14. Oktober, wird gemeldet: Amtlich wird folgende Mitteilung verlautbart: Die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzulassen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Übernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird alles tun, um der polnischen Regierung den Wiederaufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern und ihr über Verlangen die in Polen derzeit noch fehlenden Mittel und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Sinegegen erwartet die österreichisch-ungarische Monarchie, daß das Land ihr aus seinen Überschüssen an Lebensmitteln und Rohstoffen gegen entsprechende Kompensation aushelfen werde. Die gegenwärtige militärische Aufbringung würde eingestellt und die staatliche Bewirtschaftung den zu schaffenden polnischen Organisationen übergeben werden.

Eine neue Kanzlerkrise beschäftigt die Berliner Presse. Ihre Ursache liegt in einem Schreiben, das Prinz Max von Baden vor längerer Zeit an den Prinzen Alexander Hohenlohe, einen Sohn des früheren deutschen Reichskanzlers Fürsten Adolwig Hohenlohe gerichtet hat, der sich seit vielen Jahren in einem Schweizer Hotel aufhält und als hervorragender Pazifist bekannt ist. Das Schreiben wurde kurz nach der Ernennung des Prinzen zum Reichskanzler von einem Genfer französischen Blatte veröffentlicht. Die deutschen Sozialdemokraten nahmen insbesondere an folgender Stelle des Briefes Anstoß: „Auch ich wünsche natürlich eine mögliche Ausnützung unserer Erfolge. Im Gegenseite zu der sogenannten Friedensresolution, die ein deutliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage war, wünsche ich möglichst große Vergütung in irgendwelcher Form, damit wir nach dem Kriege nicht zu arm werden. Belgien ist einem solch schlauen und weltflügen Gegner gegenüber, wie es England ist, das einzige Objekt, das wir besitzen. Wir sündigen durch Dummheiten, denn alldeutsche und Friedensresolutionen sind gleich dumme Erscheinungen.“ — Gegenüber dem in diesem Briefe vertretenen Standpunkt erklärte nun Prinz Max von Baden den Parteiführern, daß er seither umgelernt habe. Außerdem habe er seinerzeit eine Denkschrift gegen den verschärften U-Boot-Krieg verfaßt, was ihn wohl hinreichend entlaste. Im übrigen erklärte sich der Prinz bereit, sofort zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Sozialdemokraten nicht mehr habe. Die Sozialdemokraten der Richtung Scheidemann wären nun geneigt, aus dem Briefe keine politischen Folgerungen zu ziehen und gelten zu lassen, daß der Prinz umgelernt habe. Sie berufen sich aber darauf, daß der Reichskanzler in seiner Antrittsrede vor dem Reichstage versichert habe, er habe dieselben Anschauungen, die er jetzt äußere, von jeher gehabt, und er brauche nicht umzulernen. Der „Vorwärts“ kündigt eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für den 15. d. M. an und sagt: Die Fraktion wird sich in sehr ernstlichen Beratungen mit wichtigen Fragen zu beschäftigen haben. — Diese Sitzung wird für das Schicksal des Prinzen Max ausschlaggebend sein, der nicht gegen das Betreten sozialdemokratischer Fraktion im Amte verbleiben will.

In der Sonntags vorgenommenen Volksabstimmung des schweizerischen Volkes wurde mit 300.000 gegen 150.000 Stimmen das Initiativbegehren auf Einführung des Proportionalwahlverfahrens für die Wahlen in den Nationalrat angenommen. Von zweiundzwanzig Kantonen stimmten 19½ für den Proporz. Jeder Kanton bildet einen Wahlkreis.

Über Portugal wurde der Belagerungszustand aufgehoben. Der Präsident hat in seiner Eigenschaft als Chef der Land- und Seestreitkräfte das direkte Kommando über die Streitkräfte übernommen. In Portugal herrscht vollständige Ruhe. Eine Militärabteilung in Penafiel, die den Gehorsam verweigerte, wurde rasch zum Gehorsam zurückgebracht.

Aus Malmö wird berichtet: Nach zuverlässigen Meldungen aus Helsingfors macht sich innerhalb der finnischen Regierung die Neigung zu einer Annäherung an Schweden bemerkbar.

Aus Moskau wird telegraphiert: Zum Schutze der jüdischen Bevölkerung gegen Ausschreitungen und Pogrome hat die Sowjet-Regierung Maßnahmen angeordnet, welche den Juden eine Selbstwehr gewähren sollen. Dazu wurde ein Volkskommissariat für jüdische Angelegenheiten ins Leben gerufen, das seine Tätigkeit mit den Vorarbeiten für eine jüdische Statistik bereits begonnen hat.

Wie die Stockholmer Blätter melden, hat die Entente Bulgarien verboten, die zwei Milliarden Staatsschulden, die das Land an Deutschland schuldet, zurückzuzahlen.

Auflehnung gegen den kategorischen Willen des Präsidenten Wilson bemerkenswert ist.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

— (Forteinhebung der Kanalgebühren in der Stadt-gemeinde Laibach im Jahre 1919.) Seine Majestät der Kaiser hat mit Allerhöchster Entschliebung vom 19. September den Beschluß des krainischen Landesaus-schusses vom 5. Juli 1918, mit welchem der Stadt-gemeinde Laibach provisorisch und zunächst unter Ein-

Reichs- Deutsche!

Die 9te Kriegsanleihe wird gezeichnet vom 23. Sept. bis 23. Okt 1918

Der gegenwärtig in Berlin weilende Konstantinopler Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ glaubt, daß die Veränderungen im türkischen Kabinett nicht abgeschlossen seien, sondern eine vollkommene Umgestaltung der türkischen Regierung bald werde erfolgen müssen. Der neue Außenminister Ahmed Riza habe scharf gegen das Zusammengehen der Türkei mit den Mittelmächten protestiert und sich für die verfolgten Armenier eingesetzt; er sympathisiert stark mit Frankreich. Im Ideengang des neuen Sultans wie seiner Ratgeber liege auch die nunmehrige Heranziehung der Armenier und der osmanischen Griechen zur Teilnahme an der Regierung. — Wie die Kijewer Radiostation der Sowjet-Agentur mitteilte, stimmte die Türkei der Räumung des Kaukasus zu.

Das amerikanische Nachrichtenbureau meldet: Der Senat der Vereinigten Staaten hat das konstitutionelle Amendement, das das gleiche Stimmrecht auf die Frauen ausdehnen würde, nicht angenommen. Es kann während der gegenwärtigen Sitzung des Kongresses nochmals in Erwägung gezogen werden. Das Amendement wurde vergangenen Jänner vom Repräsentantenhause angenommen. Die schweizerischen Blätter bemerken zu dieser Nachricht, daß die Haltung des amerikanischen Senats nicht wegen ihres sachlichen Gehaltes, sondern wegen der

Schränkung auf das Jahr 1919 die Forteinhebung der Kanalgebühren bewilligt wurde, genehmigt.

— (Todesfall.) Gestern nachts ist der Einjährig-Freiwillige Danilo Boris Majaron, der älteste Sohn des Präsidenten der krainischen Advokatenkammer, Herrn Dr. Danilo Majaron, im 21. Lebensjahre der spanischen Grippe erlegen. Das Leichenbegängnis findet heute nachmittags um 4 Uhr vom Trauerhause, Balvasorplatz, aus statt.

— (Wiedereröffnung der staatlichen Unterrichtsanstalten in der Stadt Görz.) Vom k. k. Landes-schulrate für Görz-Gradiska wurde der Anmeldetermin für die provisorische Einschreibung an den staatlichen Mittelschulen in der Stadt Görz bis zum 20. d. M. erstreckt.

— (Vom Volksschuldienste.) Der k. k. Bezirksschulrat in Stein hat an Stelle der krankheitsshalber beurlaubten Lehrerin Vida Cevc-Sorn die absolvierte Lehramtskandidatin Maria Gregorec zur Supplentin an der Volksschule in Mannsburg bestellt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Gottschee hat an Stelle des krankheitsshalber beurlaubten Oberlehrers Georg Erker die bisherige Supplentin in Reichenau Rosa Mediz zur Supplentin an der dreiklassigen Volksschule in Reffeltal bestellt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Tschernembl hat an Stelle des in Kriegsdienstleistung stehen-

den Oberlehrers Karl Sude die absolvierte Lehramtskandidatin Justina Lukovsek zur Supplentin an der Volksschule in Altenmarkt bestellt.

— (An die Wirtschaftlichen Hilfsbureaus für Eingekerkerte) können sich Offiziere und Soldaten wenden, welche vor ihrer Einrückung oder vom Felde aus ihre privatrechtlichen Angelegenheiten zu ordnen außerstande waren, damit diese deren Ordnung im Namen der Eingekerkerten in die Hand nehmen. In Fällen, welche nach gesetzlichen Vorschriften den Beistand eines Advokaten erheischen, insbesondere bei Durchführung von Rechtsstreitigkeiten bei Gerichtshöfen und bei Überreichung von Beschwerten an den k. k. Verwaltungsgerichtshof, kann die Vergabe eines Rechtsvertreters durch die Wirtschaftlichen Hilfsbureaus erlangt werden. Wirtschaftliche Hilfsbureaus bestehen in Laibach (Gerichtsgedäude, Amtsstube Nr. 121, und Rathaus), am Sitze der Bezirkshauptmannschaften und am Sitze der größeren Gemeindevorstellungen.

— („Slovenska Matica.“) Morgen um 6 Uhr abends findet eine Ausschüßsitzung statt.

— (Firmen, die russische Kriegsgefangene beschäftigen,) und zwar Großrussen, Polen, Donkosaken, Georgier und Kaukasier, wollen dies im eigenen Interesse unverzüglich der Handels- und Gewerbekammer in Laibach mitteilen.

— (Postverkehr mit der Ukraina.) Brieffsendungen nach und aus der Ukraina sind auch in polnischer Sprache zulässig.

Approvisionierungsangelegenheiten

— (Kostgerste für die Staatspensionisten.) An die k. k. Staatspensionisten (auch Witwen und Waisen) wird Montag, Dienstag und Mittwoch den 21., 22. und 23. d. von 1/2 bis 1/5 Uhr nachmittags Kostgerste abgegeben werden. An die Reihe kommen Montag die Parteien von A—I, Dienstag die von K—P und Mittwoch die restlichen. Auf jede Person entfällt 1 Kilogramm zum Preise von 1 K 90 h. Die Parteien haben Säcke oder Gefäße mitzubringen und das Kleingeld sich selbst zu besorgen. Die Ruheständler des Gendarmeriekorps und die pensionierten Tabakfabrikarbeiterinnen gehören nicht zu dieser Aktion.

— (Die Kaffeemischung) wird nur bis Samstag den 19. d. M. verkauft. Auf jede nummerierte Karte ist ein Paket um 1 K erhältlich. Die Verkaufsstellen wurden bereits bekanntgegeben. Die Kaufleute haben sofort nach Abschluß des Verkaufes alle Kaffeekarten im städtischen Beratungssaal vorzulegen und den allenfalls erübrigen Vorrat an Kaffeemischung anzumelden.

— (Erdäpfel für den vierten Bezirk.) Parteien des vierten Bezirkes erhalten heute, morgen und übermorgen bei Mühleisen Erdäpfel in folgender Ordnung: heute nachmittags von 1/2 bis 1/3 Uhr Nr. 1—90, von 1/3 bis 1/4 Uhr Nr. 91—180, von 1/4 bis 1/5 Uhr Nr. 181 bis 270, von 1/5 bis 1/6 Uhr Nr. 271—360; morgen vormittags von 8 bis 9 Uhr Nr. 361—450, von 9 bis 10 Uhr Nr. 451—630, nachmittags von 1/2 bis 1/3 Uhr Nr. 631—720, von 1/3 bis 1/4 Uhr Nr. 721—810, von 1/4 bis 1/5 Uhr Nr. 811—900, von 1/5 bis 1/6 Uhr Nr. 901—990; übermorgen vormittags von 8 bis 9 Uhr Nr. 991—1080, von 9 bis 10 Uhr Nr. 1081 bis 1170, von 10 bis 11 Uhr Nr. 1171—1260, nachmittags von 1/2 bis 1/3 Uhr Nr. 1261—1350, von 1/3 bis 1/4 Uhr Nr. 1351—1440, von 1/4 bis 1/5 Uhr Nr. 1441 bis 1530, von 1/5 bis 1/6 Uhr Nr. 1531 bis zum Ende.

— Auf jede Person entfallen 10 Kilogramm, das Kilogramm kostet 54 h.

Theater, Kunst und Literatur.

— (Sinfonie-Konzert.) Freitag den 18. d. M. um halb 8 Uhr abends findet im großen Saale der Tonhalle das mit großer Spannung erwartete außerordentliche Sinfonie-Konzert der k. u. k. Garnisonsmusik aus Graz unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten Herrn Anton Edlen von Zanetti statt. Die noch vorhandenen Eintrittskarten sind in der Buch- und Musikalienhandlung Kleinmayr u. Wamberg erhältlich.

Der Krieg.

Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Österreich-Ungarn.

Von den Kriegsschauplätzen.

Wien, 15. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

15. Oktober:

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Gehechstätigkeit war auch gestern ziemlich rege.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden.

Die Bewegungen in Albanien und Serbien gehen ohne nennenswerte Gehechstätigkeit mit dem Gegner vor sich.

Der Chef des Generalstabes.

Das Exposé des Ministers Grafen Burian.

Wien, 15. Oktober. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation hielt Minister des Außern Graf Burian ein Exposé, in welchem er zunächst über die Friedensnote an Wilson ausführte: Der am 4. Oktober von uns und gleichzeitig von Deutschland und der Türkei an den Präsidenten Wilson gerichtete Antrag war die Ausführung eines im Wesen bereits feststehenden Entschlusses, auf dessen Zustandekommen die jüngsten betrübenden Ereignisse in Bulgarien keinen bestimmenden Einfluß mehr nehmen konnten. Das von Bulgarien unter dem Druck eines ernstlichen militärischen Mißerfolges und infolge der zerschenden Wirkung der seit sechs Jahren auf seinem Volke lastenden Kriegsjahren an die Entente gestellte Ansuchen um Gewährung eines Waffenstillstandes und um Einleitung von Friedensverhandlungen hat den beabsichtigten Friedensschritt der Verbündeten nur beschleunigt. Das Ausscheiden Bulgariens aus dem Kriege zwang die Verbündeten, eine neue Front im Südosten auszubauen. Wenn nun die Mittelmächte auch in der Lage waren, diesem an sie herantretenden militärischen Gebot zu entsprechen und einen Schutzwall gegen die Orientarmee der Entente zu errichten, so wurde durch diese neue Gestaltung dennoch offenkundig, daß wir einen entscheidenden Waffenerfolg nicht mehr erwarten durften und daß unsere Gegner ihrerseits nicht sicher darauf rechnen konnten, unsere Verteidigung zu brechen, daß also jedes weitere Blutvergießen zwecklos sei.

Die Ansichten des Präsidenten der Vereinigten Staaten über die Lösung der zur Entscheidung drängenden Weltfragen haben auch dann, als er in die Reihe unserer Gegner getreten war und manche gegen uns gerichtete Grundzüge aufgestellt hatte, den Geist reiner Menschlichkeit nicht vermessen lassen. So sind denn auch die öffentlichen Äußerungen Herrn Wilsons bei uns nie ohne Eindruck geblieben und nie prinzipiell abgelehnt worden. Die während des Krieges vor sich gegangenen Wandlungen in der Anschauung mancher der vor dem Kriege bestandenen, aus den Interessengegenständen der einzelnen Staaten und Völker hervorgegangenen Streitfragen haben immer mehr und mehr auch bei uns das Bedürfnis gezeitigt, den reinen Interessenstandpunkt zurückzudrängen und die bestehenden Gegensätze im Sinne einer höheren ausgleichenden Gerechtigkeit zu lösen. Geläutert durch die schweren Leiden, welche fast der ganzen Menschheit durch diesen Krieg aufgelegt worden sind, werden die erdrückenden Mehrheiten der Völker einer Ausgestaltung ihrer künftigen Beziehungen nach solchen Grundsätzen freudig zustimmen.

Von dieser Überzeugung durchdrungen, haben wir uns den von Herrn Wilson formulierten Prinzipien angeschlossen, die zum großen Teile schon früher zum festen Bestande unseres Friedensprogrammes gehörten. Nach der Antwort Deutschlands, die alle Voraussetzungen erfüllt hat, von denen Präsident Wilson seine weiteren Schritte im Sinne unseres Antrages abhängig zu machen wünschte, sehen wir jetzt seiner Antwort auf unseren Antrag entgegen. Es ist wohl kein zu weit gehender Optimismus, wenn ich bei dieser Sachlage annehme, daß wir knapp vor der Einstellung der Feindseligkeiten stehen und in kurzer Zeit mit den Mächten der Entente in Verhandlungen eintreten werden. Hat der Krieg an unsere ruhmreichen Armeen und an die Ausdauer und Hingebung des Hinterlandes, vor denen wir uns immer wieder in Bewunderung beugen, Anforderungen gestellt, welche vielfach das Höchstmögliche menschlicher Leistungen und Entbehrungen erreichten, so wird die jetzt kommende Zeit der Verhandlungen und des Überganges aus dem Kriege in die Friedenszustände neue Ansprüche, allerdings ganz anderer Natur, an die Völker stellen. Das zu schaffende Friedenswerk wird nicht von einem Tag zum anderen errichtet werden. Die Ausgestaltung der inneren Verhältnisse der Monarchie wird gleichfalls geraume Zeit erfordern, während der die Arbeit, welche die Zukunft der Monarchie als erforderlich erweist, um sie auf eine dauernde Grundlage zu stellen, Beharrlichkeit, Geduld, patriotische Einsicht, überzeugte Verfühlichkeit und Opferwilligkeit der Völker erfordern wird.

Was die Zusammensetzung der zu den Friedensverhandlungen zu entsendenden Delegation anlangt, so ist es klar, daß dieselbe keinen rein diplomatischen und bürokratischen Charakter tragen kann. Neben den Fachmännern erscheint mir unentbehrlich die Berufung einer Kommission von österreichischen und ungarischen kompetenten Persönlichkeiten zum Zwecke der direkten Mitarbeit bei der Bewältigung der schweren Aufgaben, vor die uns der Kongress stellen wird. Empfehlen würde ich die Einsetzung eines

aus den gesetzlichen Vertretungskörpern gewählten Beirates zur Herbeiführung eines ständigen Kontaktes mit den Volksvertretungen.

Innig vereint mit unserem treuen deutschen Bundesgenossen und mit der Türkei, die trotz der für sie durch das Ausscheiden Bulgariens geschaffenen schwierigen Lage in Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen ausharrt, werden wir in die Verhandlungen eintreten. Als eine in diesem engen Verhältnisse zu unseren Verbündeten wurzelnde Selbstverständlichkeit müßte ich es bezeichnen, daß wir bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen unser Vorgehen im freien gegenseitigen Einvernehmen mit diesen regeln werden. Wenn auch die Grundlagen der zu treffenden Vereinbarungen durch die Annahme der Puntationen des Präsidenten Wilson feststehen, so kann doch die Ausführung und Anwendung der einzelnen Punkte in ihren praktischen Belangen zu manchen Meinungsverschiedenheiten führen, deren Lösung in der gerechten Abwägung der widerstehenden Gesichtspunkte und in der kräftigen Verteidigung der staatlichen Lebensbedingungen zu suchen sein wird. In diesen Diskussionen werden sich die Verbündeten gegenseitig zu unterstützen haben, um bei der Regelung solcher Streitfragen jene Linie der Verständigung zu finden, die sie vor einer ihre wohlverstandenen Rechte beeinträchtigenden Schädigung bewahrt.

Wenn es auch nicht meine Aufgabe sein kann, in diesem Augenblicke an dieser Stelle zu allen auf dem bevorstehenden Kongress zu erörternden Fragen Stellung zu nehmen, so möchte ich doch nicht unterlassen, einige Worte über das Problem des Völkerbundes und die damit zusammenhängenden Fragen zu sprechen. Die Schaffung der Liga der Nationen bildet die Voraussetzung für das Zustandekommen eines Friedens der unparteiischen Gerechtigkeit, den Präsident Wilson und wir mit ihm anstreben. Dieser Völkerbund wird nach der nunmehr hergestellten allgemeinen Anschauung das Rückgrat der neuen Weltordnung bilden, gemäß welcher sich die Verhältnisse der einzelnen Staaten zueinander regeln werden. Mit dieser Aufrichtung wird die auf dem Machtprinzip beruhende Politik des Gleichgewichtes der Mächtegruppen ihr Ende finden. An ihre Stelle wird eine einheitliche Organisation der Staaten treten, die sich freiwillig unter ein von ihnen selbst gegebenes internationales Gesetz stellen, dessen Sanktion in einer zu schaffenden überstaatlichen Vollzugsgewalt liegen wird. Wie wir wiederholt erklärt haben, sind wir bereit, in einen die volle Gewähr für einen unparteiischen Interessenschutz bietenden Völkerbund einzutreten. Seine Konstituierung wird die Voraussetzung für die Herabsetzung der Rüstungen und für die Normierung der Freiheit der Schifffahrt zur See sein. Ein Postulat, das seit langer Zeit zu unserem Friedensprogramm gehört. Mit der Aufrichtung des Völkerbundes als gemeinsame Schutzmacht der Nationalstaaten wird deren internationaler Welt-schutz durch Rüstungen jeden Zweck verloren haben. Allerdings wird auch dieser erst dann überflüssig geworden sein, wenn die Liga die Funktionen des Selbstschutzes des einzelnen Staates wirksam übernommen haben wird. Einen friedlichen und freundschaftlichen Handelsverkehr mit allen Nationen wieder aufzunehmen, ist unser aufrichtiger Wunsch.

Die Entwicklung in Polen steht unter dem Zeichen der sich überstürzenden weltpolitischen Ereignisse. Unsere Gefinnungen Polen gegenüber sind unbedeutend und wir wollen so wie bisher unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie und im Einvernehmen mit Deutschland unsere besten Bemühungen daran wenden, die Aufrichtung des Volksstaates zu fördern und die auf das Wohl Polens gerichteten Bestrebungen der polnischen Regierung mit besten Kräften zu unterstützen.

In Rumänien hält die gegenwärtige Regierung loyaler- und korrekterweise an ihrer Politik eines Zusammenwirkens mit den Mittelmächten fest, um das in Bukarest geschaffene friedliche Verhältnis vor Störungen zu bewahren. Wir unterstützen dieses Bestreben durch möglichste Entgegenkommen und geben uns, ohne die notwendige Vorsicht außeracht zu lassen, der Hoffnung hin, daß dieses Ziel erreicht werden wird.

Zur ukrainischen Regierung stehen wir in herzlichen und vertrauensvollen Beziehungen.

Ich kann diese Ausführungen nicht schließen, ohne mich an die Öffentlichkeit der Monarchie und an die zur Wahrung ihrer auswärtigen Interessen berufenen Vertreter zu wenden. Die Monarchie und deren Völker stehen vor der Entscheidung ihrer zukünftigen internationalen Stellung, welche ihr Wohl und Wehe in sich schließt. Die einzelnen Teile der Monarchie bilden in ihrem pragmatischen Zusammenhalten ein Ganzes, das, nach außen einheitlich, kraftvoll zu wirken bestimmt ist. Die Bevölkerungen Österreich-Ungarns, die in diesem Kriege zur Verteidigung des Bestandes der Monarchie und zur Sicherung ihrer künftigen Stellung eingetreten sind, werden auch in Zukunft trotz allem, was sie heute zu trennen scheint, auf den Zusammenschluß zu einem einheitlichen Machtfaktor ange-

wiesen sein. Mögen alle Kreise der Monarchie von dieser Erkenntnis, die sich aufbaut auf die dauernden Grundprinzipien des Bestandes dieser staatlichen Vereinigung, erfüllt sein und die gemeinsame Regierung bei der ihr obliegenden Vertretung der Interessen der Völker Österreich-Ungarns in der kommenden Verhandlungsperiode kraftvoll unterstützen!

Scharen wir uns alle in dieser schicksalsschweren Zeit um unseren Monarchen, der seit den ersten Stunden seiner Regierung nur ein Ziel gekannt hat: den mit ihm durch traditionelle Bande der Liebe und Treue verbundenen Völkern einen die ganze Welt umfassenden Frieden der Versöhnung zu bringen. Die heldenhafte Wehrmacht der Monarchie, die ihr Vaterland treu und ruhmreich verteidigt hat, soll ihr kostbares Blut nicht umsonst vergossen, die opferbereite Festberührung nicht vergebens gedreht und entsagt haben! Wenn alle Kräfte dieser an kulturellen und materiellen Gütern so reichen Staaten und ihre hochbegabten Söhne sich zur gewaltigen Arbeit des Wiederaufbaues verbinden, dann wird Österreich-Ungarn eine glückliche Zukunft beschieden sein.

Die österreichische Delegation.

Wien, 15. Oktober. Die österreichische Delegation hielt heute nachmittags eine Vollversammlung ab, in welcher Ausschusssitzungen vorgenommen wurden. Der gemeinsame Finanzminister unterbreitete ein neues Budgetprovisorium. Im Einlaufe befindet sich eine Anfrage der deutschen Abgeordneten an den Kriegsminister, betreffend die vom Armeegruppenkommandanten G. d. R. Franz Rohr verfügte Verhaftung, Anweisung und Internierung des Reichstagsabgeordneten Universitätsprofessors Dr. Waldner; ferner eine Interpellation Dr. Korosec an den Minister des Äußern und den Kriegsminister, betreffend die Stellungnahme der Südslaven zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen und Überlassung der Einleitung und Durchführung dieser Verhandlungen den Vertretern der Nationen, welche sich zu Nationalregierungen konstituieren werden und betreffend die Rückverlegung der südslavischen Regimenter in ihre Heimat. In der Einleitung der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß durch die nunmehr auch von den Mittelmächten angenommene Erklärung des Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zum Hauptregierungsprinzip der Menschheit proklamiert wurde, wonach keine Nation ohne ihre Zustimmung beherrscht und regiert werden dürfe und daß die südslavische Nation wiederholt feierlich erklärt habe, daß sie niemals einer Lösung ihre Zustimmung erteilen werde, welche nicht die Vereinigung aller Teile der Nationen der Slovenen, Kroaten und Serben in einem eigenen souveränen Staat mit sich bringt, da nur in dieser Weise ihre autonome Entwicklung gesichert erscheint. — Ferner eine Interpellation Dr. Korosec und Stanel an den Kriegsminister und den gemeinsamen Finanzminister, betreffend die beabsichtigte Aushebung von Geiseln und Vornahme von Internierungen in Bosnien und der Hercegovina. Weiter eine Interpellation Jon und Korosec an den Minister des Äußern und den Kriegsminister, betreffend die beabsichtigte Verlegung des südlichen Kriegsgebietes in südslavische Länder; eine Interpellation Alofas und Genossen an die gemeinsame Regierung, betreffend die Stellungnahme der böhmisch-slovakischen Nation zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen; eine Interpellation Alofas an die gemeinsame Regierung, betreffend die Verhinderung jeder einseitigen Vorgehens der ungarischen Regierung gegenüber der Zugehörigkeit des slowakischen Volkes zum böhmisch-slovakischen Staat; eine Interpellation Conci an den Minister des Äußern, betreffend die Aufhebung der Ausnahmestimmungen gegen die italienische Bevölkerung. — Die polnischen Delegierten überreichen eine Anfrage, worin sie erklären, daß die Gesamtheit der polnischen Reichstagsabgeordneten die am 2. Oktober d. J. im Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung als einzige politische Grundlage für die polnische Nation in der Monarchie anerkennt und sich von diesem Augenblicke an auch für Zugehörige und Bürger des freien vereinten und unabhängigen polnischen Staates betrachtet. — Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Die ungarische Delegation.

Wien, 15. Oktober. (Ausschuß des Äußern der ungarischen Delegation.) Vor Eingehen in die Tagesordnung hielt Graf Michael Karolyi eine längere Rede, worin er die äußere Politik vor dem Kriege und während des Krieges scharf kritisierte und die völlige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns sowie die Aufhebung aller gemeinsamen Institutionen verlangte. Der Ministerpräsident Dr. Wekerle trat den Ausführungen Karolyis entgegen und sagte: „Wie immer man über die Regelung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse urteilt, die Delega-

tion ist eine gesetzlich bestehende staatsrechtliche Einrichtung, die respektiert werden muß, so lange sie besteht.“ Der Ministerpräsident wandte sich gegen die Auffassung Karolyis, daß der Krieg mit Serbien von uns von langer Hand vorbereitet gewesen sei, und erklärte, daß Serbien im Auftrage größerer Mächte den Krieg begonnen habe. Wenn Karolyi die Trennung von Deutschland fordert und es bemängelt, daß wir wider den Willen Deutschlands keinen Sonderfrieden schließen, so verkenne er unsere Lage und vergesse, daß uns in der Verteidigung des eigenen Vaterlandes auch Deutschland behilflich war, daß es vielleicht eine entscheidende Rolle in dieser Hinsicht hatte, und vergißt, daß auch heute noch bedeutende deutsche Streitkräfte im Osten und im Süden stehen. Es wäre eine verfehlte Politik, unter solchen Umständen zu verlangen, daß wir von Deutschland absallen und Frieden schließen sollen. Unser Bestreben konnte bloß darauf gerichtet sein, Deutschland auf den Weg des Friedens zu leiten. In diesem Besonderen haben wir alles unternommen und es ist ein großer Erfolg unserer Diplomatie, daß in Deutschland der Friedenswille zum Durchbruch gekommen ist. — Der Minister des Äußern Graf Burian hielt dann sein Exposé. — Über Antrag des Grafen Tisza, welcher empfahl, den Ausschuß auf einen Zeitpunkt zu verschieben, da die Antwort Wilsons bekannt sein werde, wurde mit großer Mehrheit die Vertagung des Ausschusses beschlossen.

Die Demission des Kabinetts Wekerle nicht angenommen.

Budapest, 15. Oktober. Wie „Magyar Tudosito“ von kompetenter Stelle erfährt, hat Seine Majestät die Demission des Kabinetts Wekerle nicht angenommen. Seine Majestät ließ heute den in Wien weilenden ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle berufen und teilte ihm mit, daß er die Demission der Regierung nicht annehme, da er von vollem Vertrauen zu ihr erfüllt sei.

Deutsches Reich.

Von den Kriegsschauplätzen.

Berlin, 15. Oktober. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, 15. Oktober:

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vorderen Stellungen hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Cortemarck—östlich von Rouffelaere, das nach hartem Kampf in Feindeshand fiel, südwestlich von Iseghem—nordöstlich von Menin zum Stehen. Menin und Werwieg wurden gegen starke Angriffe behauptet. Übergangsversuche des Feindes über die Lys bei Nomen wurden vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handzäune und Cortemarck verloren. Starke, mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Iseghem und Menin konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Hante Deule-Kanal.

Im Selle-Abschnitt nördlich von Haush und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Zu dichten Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Dije vor und faßte vorübergehend auf den Höhen von Macquigny und östlich von Origny Fuß. Umfassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Dije zurück.

Festige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und am Aisne-Bogen südlich von Grand Pré.

Heeresgruppe General von Gallwitz:

Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Der Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentier auf Vantheville führenden Straße. Die teilweise bis zu vier Malen wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Alogne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: von Lubendorff.

Berlin, 15. Oktober. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, 15. Oktober, abends.

An der Kampffront in Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Er konnte einige Geländevorteile im beschränkten Umfange erringen.

Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Der Reichstag.

Berlin, 15. Oktober. Der Präsident des Reichstages hat die auf Mittwoch den 16. Oktober anberaumte Sitzung des Reichstages aufgehoben und sich die Einberufung einer neuen Sitzung vorbehalten.

Der Reichskanzler bleibt.

Berlin, 15. Oktober. Das Wolff-Bureau meldet: Wie wir hören, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage gegen das Verbleiben des Reichskanzlers Krinzen Max von Baden nichts einzutenden.

Die Demokratisierung.

Berlin, 15. Oktober. Das Wolff-Bureau meldet: Der Bundesrat hat heute vormittags einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels XI der Reichsverfassung zugestimmt. Absatz 2 des Artikels wird dahin abgeändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt ist.“ Absatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: „Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages.“ — Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Erfahrungswahl in Berlin.

Berlin, 15. Oktober. Bei der Erfahrungswahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Kaempf im Reichstagswahlkreis Berlin I wurden insgesamt 4764 Stimmen abgegeben. Davon erhielt der Geheimrat Kemper (fortschrittliche Volkspartei) 2294 und der Stadtverordnete Hugo Heilmann (Sozialdemokrat) 1720 Stimmen. Es ist also eine Stichwahl zwischen Kemper und Heilmann notwendig, welche auf den 29. d. M. festgesetzt wurde.

Die Waffenstillstandsfrage.

Die Antwort Wilsons.

Washington, 14. Oktober. (Reuter.) Der Staatssekretär hat heute nachmittags dem interimistischen Geschichtsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

„Staatsdepartement, vom 14. Oktober 1918.

Mein Herr!

Zu Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober 1918, die Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen: Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Jänner 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seite der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die dem Urteile und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht für völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften der Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front Sorge trägt. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein werde. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher seien, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungeschlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auch die Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und

Verfahrungen sich in Sicherheit zu bringen versuchen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen die Deutschen associierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung, fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörten Herzens hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen könne, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, die die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli 1918 in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichem Vermögen und (folgt eine Telegrammverstümmelung) die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht (controlled), ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die oberwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit, von dem bindenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage abgegeben werden können. Es ist unerlässlich, daß die gegen Deutschland associierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere

Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung von Österreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung

Robert Lansing."

Keine Aussicht auf einen nahen Waffenstillstand.

London, 14. Oktober. Reuter erfährt von autoritativer Stelle, daß keine Aussicht auf einen raschen Waffenstillstand bestehe und daß, wenn die Zeit gekommen sein würde, um einen Waffenstillstand zu gewähren, er nicht gewährt oder auch nur in Erwägung gezogen werden würde, ohne gleichzeitige Garantien zu Wasser und zu Lande, daß Deutschland nicht nur bereit sei, das Schwert in die Scheide zu stecken, sondern absolut außerstande wäre, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen.

Die Bedingungen der Entente.

London, 14. Oktober. (Reuter-Bureau.) „Washington Post“ schreibt: Wilson und die anderen Führer der Alliierten werden mit der Vernichtung des Deutschen Reiches nicht aufhören, ehe sie Bürgschaften haben, die einen Verrat unmöglich machen.

London, 14. Oktober. (Reuter-Bureau.) Archibald Hurd schreibt im „Daily Telegraph“ über die Friedensbedingungen: Da Deutschland seine Kolonien verloren hat, hat es keinen Vorwand auf eine Handelsflotte. Die U-Boote müßten alle ausgeliefert werden. Es muß Bestrafung eintreten und Deutschland müsse die Alliierten für den Verlust an Schiffsraum und verlorenen Menschenleben entschädigen. Auch die Hochseeflotte muß ausgeliefert werden und die Übeltäter müssen vor ein internationales Gericht gezogen werden.

Die türkische Friedensnote.

Newport, 14. Oktober. Der spanische Botschafter übergab heute die türkische Friedensnote, deren Text folgendermaßen lautet: Der unterzeichnete Geschäftsträger der Türkei hat die Ehre, gemäß den Instruktionen seiner Regierung den Staatssekretär der Vereinigten Staaten telegraphisch davon in Kenntnis zu setzen, daß die kaiserliche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten auffordert, die Aufgabe der Wiederherstellung des Friedens zu übernehmen

und alle kriegführenden Staaten von dieser Aufforderung in Kenntnis zu setzen und sie einzuladen, Bevollmächtigte zu delegieren, um die Verhandlungen zu beginnen. Die kaiserliche Regierung nimmt als Grundlage der Verhandlungen die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongress vom 8. Jänner und in den folgenden Erklärungen, besonders in seiner Rede vom 30. September d. J., niedergelegten Punkte an. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ersucht die kaiserliche Regierung, daß Schritte getan werden, um einen allgemeinen Waffenstillstand umgehend abzuschließen.

Die Niederlande.

Flüchtlinge aus Belgien.

Amsterdam, 15. Oktober. Nach einem hiesigen Blatte werden in Holland vorläufig 100.000 Flüchtlinge aus Belgien erwartet.

Der Seetrug.

Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Spanien.

Madrid, 14. Oktober. (Reuter.) Gemäß dem Abkommen mit Deutschland hat die Regierung sieben deutsche Schiffe beschlagnahmt.

Rußland

Freilassung der britischen Beamten.

London, 15. Oktober. Reuter erfährt, daß Cicerin der Freilassung der britischen Beamten in Rußland zugestimmt hat.

Die Türkei.

Kabinettswechsel.

Konstantinopel, 14. Oktober. Das Ministerium Talaat Pascha ist zurückgetreten. Das neue Ministerium hat die Geschäfte übernommen. Großwesir und gleichzeitig Kriegsminister ist Faset Pascha, Minister des Innern Fetih Bey, früher türkischer Gesandter in Sofia, Marineminister ist Mouf Bey, Kommandant des türkischen Kriegsschiffes „Samidije“ während des Balkankrieges, Finanzminister ist Djavid Bey. Der Minister des Außern ist noch nicht ernannt. Die Geschäfte des Ministers des Außern werden einstweilen von Nahbi Bey, dem früheren türkischen Botschafter in Rom, geführt.

Verantwortlicher Redakteur: Anton Funtel.

3 33.597. **Auszug** 3224

über den Stand der im Lande Krain nach den am 12. Oktober 1918 vorliegenden Berichten der politischen Bezirksbehörden herrschenden Epizootien.

Hog: Im Bezirke Laibach-Umgebung: in der Gemeinde Zwischenwässern (1 Ort).

Räude der Pferde: Im Bezirke Adelsberg: in den Gemeinden Adelsberg (1 Ort), Dornegg (1 Ort), Hrenowitz (2 Orte), Slavina (1 Ort); im Bezirke Krainburg: in den Gemeinden Fidding (1 Ort), Prebassel (1 Ort), St. Georgen (1 Ort), Strazisce (1 Ort), Bicklach (1 Ort); im Bezirke Laibach-Umgebung: in den Gemeinden Podgorica (1 Ort), Oberiska (1 Ort), Zwischenwässern (1 Ort); im Bezirke Littai: in den Gemeinden Dednibol (1 Ort), Littai (1 Ort), Bravreke (1 Ort), Sagor (1 Ort), Zaljna (1 Ort); im Bezirke Loitsch: in den Gemeinden Oberloitsch (1 Ort), Wigaun (1 Ort); im Bezirke Rabmannsdorf: in den Gemeinden Gbrjad (3 Orte), Ovsise (1 Ort); in der Stadt Laibach: in 1 Gehöfte.

Schweinejuche: im Bezirke Laibach-Umgebung: in der Gemeinde Oberiska (1 Ort); im Bezirke Rudolfswert: in der Gemeinde St. Michael-Stopytsch (1 Ort).

Notlauf der Schweine: im Bezirke Loitsch: in der Gemeinde Bidem (1 Ort); im Bezirke Laibach-Umgebung: in der Gemeinde Großlupp (1 Ort); im Bezirke Littai: in den Gemeinden Großpeze (1 Ort), St. Weit (1 Ort); im Bezirke Tschernembl: in den Gemeinden Kälbersberg (1 Ort), Lola (1 Ort).

K. k. Landesregierung für Krain.

Laibach, am 12. Oktober 1918.



Naš preljubi, nadebudni sin in brat, gospod

Danilo Boris

slušatelj prava, c. in kr. prostovoljec

je dne 15. t. m. ponoči, prejemši tolažila sv. vere, umrl v 22. letu svoje dobe.

Pogreb bo v sredo dne 16. t. m. ob 4. uri popoldne iz hiše žalosti, Valvazorjev trg št. 6, na pokopališče k Sv. Križu.

V Ljubljani, dne 15. oktobra 1918.

Dr. Danilo in Fernanda Majaron
starši.

Nandek
brat.

Mestni pogrebni zavod v Ljubljani.

Soeben erschienen:
Stempel und Gebühren
im Verwaltungsverfahren und im
: Handels- und Gewerbeverkehr :
Unter Heranziehung der Spruchpraxis
des Verwaltungsgerichtshofes für den
Handgebrauch.
Herausgegeben von 3128
Dr. Karl Dobrauo, k. k. Finanzrat.
Preis K 4.95.
Vorrätig in der Buch- und Musikalien-
handlung Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg,
Laibach, Kongressplatz Nr. 2.

Eine Speisezimmereinrichtung
bestehend aus Kredenz, Tisch, 6 Sesseln
und Kasten, beinahe neu, ist **Donnerstag**
den 17. d. M. zwischen 11 und 12 Uhr
vormittags im **Magazin des Spediteurs**
R. Ranzinger, Südbahnhofstraße
Nr. 7, 3215 2-2
zu verkaufen.
Gesucht wird für sofort
bei einer anständigen Familie im Zentrum
der Stadt 3231
eine Schlafstelle
für einen 14jährigen Knaben. Anträge unter
„Schlafstelle“ an die Admin. d. Ztg.

Nach dem 1. November sind
2 leere Zimmer
event. mit Küche zu vermieten.
Schriftliche Anfragen unter „Zimmer“
an die Admin. dieser Zeitung. 3192 2-2
Möbliertes Zimmer
mit eigenem Eingang
ist zu vermieten.
Sofort beziehbar.
Adresse in der Administration dieser
Zeitung. 3220 2-1

Zu kaufen gesucht:
Sonnenschutz-
Plachenstoff
grau gestreift oder Double (zweifärbig)
bevorzugt. **Gebe eventuell Lebens-**
mittel dafür. 3229 3-1
Offerte nebst Muster unter „Plachen-
stoff“ an die Administration dieser Zeitung.

Amtsblatt.

8. 267. 3218

Richtpreisfestsetzung.

Zu Befolgung der Weisung der k. k. Zentralpreisprüfungskommission vom 17. September 1918, Z. 7221, hat die k. k. Preisprüfungsstelle Rudolfswert in ihrer Sitzung am 27. September 1918 festgesetzt folgenden **Richtpreis in Form von Zuschlägen für Sonnen- und Regenschirme:**

Für die Meinerzeugung und den Kleinhandel: Zu den Herstellungskosten ist a) für Spejen aller Art ein Zuschlag bis 30%, b) für den Nutzen ein Zuschlag bis 15% gestattet.

Bei Schirmen mit Luxusgriffen, das sind Griffe, deren Selbstkostenpreis mindestens 25 K beträgt, ist ein den Selbstkosten entsprechender Zuschlag zulässig.

Mode- und Regenschirme sind von der Richtpreisbestimmung ausgenommen.

K. k. Preisprüfungsstelle Rudolfswert,
am 12. Oktober 1918.

Der Vorsitzende: **Štertj m. p.**

Št. 267.

Določitev vodilne cene.

Po naročilu c. kr. osrednje presojevalnice cen na Dunaju z dne 17. septembra 1918, št. 7221, je c. kr. presojevalnica cen v Rudolfovem v svoji seji dne 27. septembra 1918 postavila naslednjo **vodilno ceno v obliki pribitkov za solnčnike in dežnike:**

Pri proizvajanju in pri prodaji na drobno se dovoljuje ta k nabavnim stroškom pribitka: a) za gotove stroške vsake vrste do 30%, b) za čisti dobiček do 15%.

Pri solnčnikih in dežnikih s potratnimi držaji, to so držaji, za katere znajo lastni nabavni stroški najmanj po 25 K, je dopusten pribitek v višini lastnih izdatkov.

Modni in nakitni solnčniki in dežniki so izvzeti od tukaj postavljenih vodilnih cen.

C. kr. presojevalnica cen v Rudolfovem,
dne 12. oktobra 1918.

Predsednik: **Škerlj l. r.**

Št. 19.049.

3197 3-3

Razglas.

V petek dne 18. oktobra ob 10. uri popoldne se odda turadno na javni dražbi v zakup lov občine Dol pri Ljubljani za nadaljnjo zakupno dobo do 30. junija 1923.

Dražbeni pogoji so pri podpisnem c. kr. okrajnem glavarstvu na vpogled.

C. kr. okrajno glavarstvo v Kamniku,
dne 8. oktobra 1918.

3. 19.049.

Kundmachung.

Freitag den 18. Oktober um 10 Uhr vormittags wird hieramts die Jagdbarkeit der Gemeinde Lustal bei Laibach für die weitere Pachtperiode bis 30. Juni 1923 im Wege der öffentlichen Visitation verpachtet werden.

Die Visitationsbedingungen liegen bei der gefertigten k. k. Bezirkshauptmannschaft auf.

K. k. Bezirkshauptmannschaft Stein,
am 8. Oktober 1918.

Sofort aufgenommen

wird von kleiner Familie auf der Insel Veglia bei gutem Lohn und guter, reichlicher Verpflegung

gute Köchin.

Kein Anstellen, milder Winter, nicht viel Arbeit. — Stuben- und Kindermädchen im Haus. — Anträge an **Othmar von Fladung, Malinska, Insel Veglia.** (Portofrei.) 2144

Ein nur elegant möbliertes

Zimmer

mit Badebenützung bevorzugt, im Zentrum der Stadt, wird von einem ständigen, höchst soliden jungen Offizier

per sofort gesucht.

Gefällige Anträge unter „**Bequemes Heim**“ an die Administration dieser Zeitung.

3185 3-2 Firm. 885, Gen. III 58/87

Razglas.

V združnem registru se je vpisala dne 30. septembra 1918 pri zadrugi:

Kreditno društvo v Kranju,

registrovana zadruga z omejeno zavezo, naslednja prememba:

Sklenila se je na obnem zboru dne 7. maja 1918 razdružba in likvidacija zadruge. Tvrdba se glasi odslej tako, da se pristavite doseadanemu besedilu firme še besedi „v likvidaciji“.

Za likvidatorje so izvoljeni dose-danji člani upravnega sveta.

Upniki zadruge naj se pri njej zglasijo.

C. kr. deželno kot trgovsko sodišče v Ljubljani, odd. III., dne 30. septem-bra 1918.

3210 Firm. 72/18, Gen. II 52/17

Razglas.

Pri zadrugi

Kočevska posojilnica v Kočevju,

registrovana zadruga z neomejeno zavezo v likvidaciji,

se je v združnem registru vpisalo, da je bil izvoljen namesto umrlega likvidatorja Janeza Krašovec na novo dr. Ivan Šajovic, odvetniški kandidat v Kočevju.

C. kr. okrožna sodnija v Rudolf-ovem, odd. I., dne 10. oktobra 1918.

3223 C 39/18/1

Oklic.

Zoper Antona Gorc, posestnika v Gor. Podšumberku št. 2, sedaj v Ameriki, se je podala pri c. kr. okrajni sodniji v Trebnjem po Tereziji Terlep, užitarici v Gor. Podšumberku št. 2, po dr. Josipu Globevniku, odvetniku v Novemestu, tožba zaradi 3198 K s pripadki.

Na podstavi tožbe se je določil narok na dan

25. oktobra 1918,

dopoldne ob 9. uri, pri podpisnem sodišču v sobi št. 2.

V obrambo toženčevih pravic se postavlja za skrbnika gospod Anton Kmet, posestnik v Gor. Podšumberku št. 5. Ta skrbnik bo zastopal toženca v ozamenjeni pravni stvari na njegovo nevarnost in stroške, dokler se ta ali ne oglasi ali pri sodniji ne imenuje pooblaščenca.

C. kr. okrajna sodnija v Trebnjem, odd. I., dne 10. oktobra 1918.

Kaufe ein Haus oder Villa in Laibach.

Anträge unter „**Haus**“ sind an die Admin. d. Zeitung zu senden. 3221 5-1

Ungebrauchter, tadelloso gut erhaltener

Wintermantel

(Friedensstoff), ist zu verkaufen.

Näheres in der Administration dieser Zeitung. 3206 2-2

Mehrere Häuser, Villen sowie Gründe verkäuflich.

Auskünfte erteilt **F. Schantel, Mestni trg Nr. 18.** 3069 9-5

Št. 13.957.

Razglas

glede uporabe električnega toka iz mestne elektrarne in plina iz mestne plinarne.

Podpisani mestni magistrat opozarja, da je s početkom zimskega časa (16. septembra) zopet stopila v veljavo ministrska naredba z dne 1. septembra 1917, drž. zak. št. 370, in določbe ljubljanskega magistratnega razglasa z dne 14. septembra 1917, št. 13.621, glede štedenja z elektriko in plinom.

Tudi letošnjo zimo ni pričakovati, da bi mestna elektrarna in plinarna dobivali povoljne množine premoga. Zato se mestni magistrat zopet obrača do prebivalstva, da naj porabo elektrike in plina omeji do najnujnejše potrebe, sicer bo Ljubljana ostala pozimi brez razsvetljave.

Zlasti se opozarja, da je pod kaznijo prepovedana vsaka razkošna in reklamna razsvetljava, dalje vsaka luč po izložbah in pred hišami.

Po notranjih prostorih, v gostilnah, kavarnah, pisarnah, delavnicah, prodajalnah itd. je dovoljena le najnujnejša razsvetljava.

Za merilo naj velja, da nikjer ne sme goreti več kot polovico luči. Po stanovanjih do štirih stanovanjskih prostorov (vštevši kuhinjo) ne smeta goreti več kot dve električni svetilki po 25 sveč, po večjih stanovanjih ne več kot tri svetilke po 25 sveč.

Javni uradi in pisarne kakor tudi trgovine morajo omejiti svoj delavnik na čas dnevne svetlobe. Pisarne ne smejo rabiti luči po 3. uri in trgovine ne po 5. uri popoldne in od 1. novembra ne po 4. uri popoldne.

Električni motorji se smejo uporabljati izključno le pri dnevni svetlobi. Uporaba električnih ventilatorjev, kühlnikov, likalnikov in drugih električnih aparatov je prepovedana.

Poraba plina v obrtne namene je dovoljena le tedaj, če je drugačna kurjava nemogoča. Plinovi kühlniki se smejo uporabljati le za pripravo manjših jedil, ne pa za glavne obede. Poraba plinovitih peči, vodogrelcev in kopalnih peči s plinom je prepovedana.

Novih inštalacij za elektriko in plin se do spomladi ne bo izvrševalo.

Izvršitev teh predpisov se bo strogo nadzorovala in bodo nepokorniki kaznovani denarno, oziroma se jim odvzame nadaljnja dodaja elektrike ali plina.

V korist splošnosti pa je vsak posameznik dolžan naznaniti dotičnika, ki bi se ne ravnal po teh predpisih.

Mestni magistrat ljubljanski,

dne 5. oktobra 1918.

3. 18.

Kundmachung

betreffend Sparmaßnahmen beim Verbrauch von Gas und Elektrizität aus den städtischen Werken in Laibach.

Es wird in Erinnerung gebracht, daß seit dem Eintritte der Winterzeit (16. September) die Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 1. September 1917, R. G. Bl. Nr. 370, und die Bestimmungen der Kundmachung des Laibacher Stadtmagistrates vom 14. September 1917, Z. 13.621, wieder in Kraft getreten sind.

Eine genügende Versorgung der Landeshauptstadt Laibach mit Licht und Heizmaterial erscheint auch heuer als ausgeschlossen. Der Verbrauch an elektrischem Strom und an Gas muß deshalb nur auf den dringendsten Bedarf eingeschränkt werden, wenn das städtische Elektrizitäts- und Gaswerk den Betrieb ungehindert aufrechterhalten sollen.

An jedermann ergeht die Aufforderung, daß die angeführten Vorschriften genauestens einzuhalten sind, und zwar insbesondere das Verbot der Luxus- und Reklamebeleuchtung, der Schaufenster- und Außenbeleuchtung, die Einschränkung der Innenbeleuchtung der Geschäftsbetriebe, der Hotels, der Gast- und Kaffeehäuser, Kantinen, Arbeitslokale, Magazinsräume usw. auf das unerlässlich notwendige Maß, grundsätzlich darf nicht mehr als die Hälfte der üblichen Beleuchtung in Verwendung gezogen werden, die Einschränkung der Beleuchtung in den Privatwohnungen (drei Zimmer und Küche höchstens zwei Flammen, bei mehr Zimmern höchstens drei Flammen).

Zur vollen Ausnützung des Tageslichtes sollen alle Fenster und Kanäleien sowie die Geschäftslökalie ihre Arbeitsstunden auf die Tageszeit beschränken. In Kanäleien darf das Licht nicht über 3 Uhr nachmittags und in Geschäftslökalen bis zum 31. Oktober nicht nach 5 Uhr, ab 1. November nicht nach 4 Uhr nachmittags gebraucht werden.

Elektromotoren dürfen nur bei Tageslicht im Betriebe stehen.

Der Gebrauch von elektrischen Ventilatoren, Kochvorrichtungen, Bügeleisen und anderen elektrischen Apparaten ist in der Winterzeit verboten.

Der Gebrauch von Gas zu Gewerbezzwecken ist nur dann gestattet, wenn eine andere Beheizung nicht möglich ist.

Der Gebrauch von Gas zu Kochzwecken ist nur in bescheidenen Grenzen zur Zubereitung kleinerer Speisen, nicht aber des Mittagessens gestattet. Gasöfen, Wasserwärmer und Gasbadeöfen dürfen in der Winterzeit nicht benützt werden.

Die Herstellung von neuen Verbrauchsstellen für Gas oder Elektrizität wird bis zum Frühjahr eingestellt.

Die Befolgung dieser Vorschriften wird strenge überwacht werden und verfallen die Zuwiderhandelnden den vorgeschriebenen Strafen. Auch kann die weitere Abgabe von Elektrizität, bezw. Gas eingestellt werden.

Im allgemeinen Interesse ist jedermann verpflichtet, diesen Vorschriften widersprechende Sandlungen zur Anzeige zu bringen.

Stadtmagistrat Laibach,

am 5. Oktober 1918.

Ankündigung.

Die k. u. k. Anmeldestelle für weibliche Hilfskräfte der Isonzo-Armee befindet sich nicht mehr in der Franz-Josefs-Straße Nr. 20 (Narodni dom), sondern in der Erjavčeva cesta Nr. 19 (Vrtača-Schule), II. Stock.

Gesucht werden insbesondere gute **Kanzleihilfskräfte, Köchinnen, Wäscherinnen und Hausdienstlerinnen.** 3225 3-1

Hosenzeuge u. Wollstoffe

werden versendet

3216 2-1

im Versandgeschäfte Kogelnik, Graz, Steirergasse 104.